
BRUTTOINLANDSPRODUKT 2015

Dr. Norbert Räth, Albert Braakmann und andere

↳ **Schlüsselwörter:** Volkswirtschaft – Inlandsprodukt – Einkommen – Staat – private Haushalte

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Artikel gibt einen ersten Überblick über die Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft des Jahres 2015. Insgesamt war die deutsche Wirtschaft trotz des weltwirtschaftlich schwierigen Umfelds und der geopolitischen Krisen in einer soliden Verfassung. Bei der Zahl der Erwerbstätigen gab es 2015 einen neuen Höchststand. Zur wirtschaftlichen Belebung haben sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt beigetragen. Auf der Verwendungsseite war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2015 weiter auf Konsolidierungskurs.

↳ **Keywords:** *national economy – domestic product – income – general government – households*

ABSTRACT

This article provides a first overview of the development of Germany's economy in 2015. Overall, the German economy turned out to be in solid shape despite a challenging global economic environment and various geopolitical crises. Employment reached another record high in 2015. Both industry and services as a whole contributed to the stimulation of the German economy. On the use side, final consumption expenditure was the main driving force for German economic growth. The process of consolidating government budgets continued in 2015.



Dr. Norbert Räth

ist promovierter Volkswirt und seit 1981 im Statistischen Bundesamt in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen tätig. Er leitet die Gruppe „Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung“. Seine Schwerpunkte liegen in der Konjunkturbeobachtung und Fragen der Kohärenz des Statistiksystems.



Albert Braakmann

ist Diplom-Ökonom und hat in verschiedenen Bereichen der VGR gearbeitet, sowohl im Statistischen Bundesamt als auch bei Eurostat. Aktuell leitet er die Gruppe „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Erwerbstätigkeit“ und ist dort mit der administrativen Nutzung makroökonomischer Indikatoren befasst sowie der Verteilung, der Wohlfahrtsmessung und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

1

Einleitung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2015. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2016 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2015 wurden komplett gesch tzt, auch die Daten für den November beruhen nahezu vollständig auf Schätzungen. Auch für die davor liegenden Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen F llen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 14. Januar 2016 als Pressemitteilung und in einer Pressekonferenz vorgestellt sowie in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 2015“, veröffentlicht (www.destatis.de/publikationen). Dieser frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bereits zum Jahresanfang eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt werden muss. Die aktuellen amtlichen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als Ausgangsgröße für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse wiederum die Eckdaten für die Schätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Sch tzanteils vor allem im vierten Quartal 2015 werden zu diesem frühen Zeitpunkt nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2015 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht in jedem Fall auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Gr  en für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden. Mit ersten Angaben für das Jahr 2015 ist hier voraussichtlich Ende März 2016 zu rechnen. Ausführliche Informationen zu regionalen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen finden sich im Internet unter www.vgrdl.de.

Alle in diesem Aufsatz präsentierten Ergebnisse basieren auf den Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010, auf das die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Rahmen der Generalrevision 2014 im August/September 2014 umgestellt wurden (R th/Braakmann, 2014).

2

Bruttoinlandsprodukt und Produktionsfaktoren

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnte die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2015 weiter an Fahrt gewinnen. Das Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2015 in jeweiligen Preisen gerechnet erstmals mehr als drei Billionen Euro: Mit 3 027 Milliarden Euro war es um 3,8% höher als im Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichte im Jahr 2015 durchschnittlich 37 108 Euro und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 3,1%, wobei die durchschnittliche Einwohnerzahl infolge der erhöhten Nettozuwanderung nach derzeitigem Berechnungsstand um 0,7% gestiegen ist. [Tabelle 1](#)

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen in jeweiligen Preisen

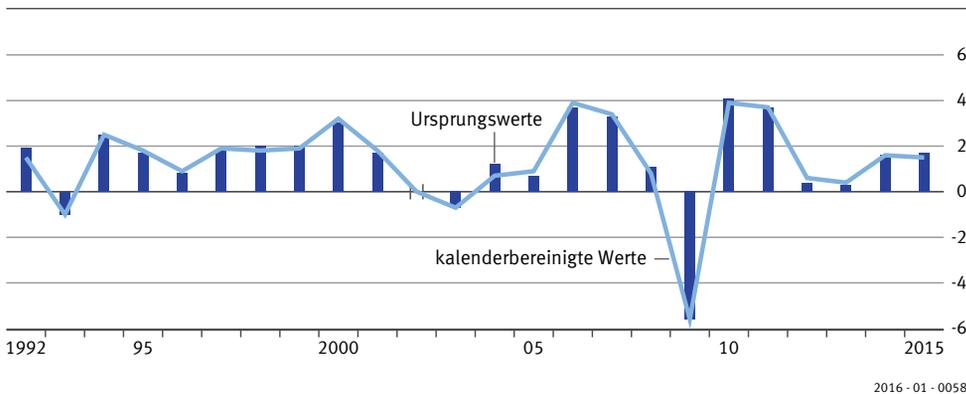
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹	Bruttonationaleinkommen (Spalte 1 + 2)
	1	2	3
	Mrd. EUR		
2013	2 820,8	61,2	2 822,0
2014	2 915,7	66,8	2 982,4
2015	3 026,6	67,2	3 093,8
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
	in %	in Mrd. EUR	in %
2014	+ 3,4	+ 5,6	+ 3,5
2015	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,7

¹ Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleisteter Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7% höher als im Vorjahr, kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate bei 1,5%. Während

Grafik 1

Bruttoinlandsprodukt
preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



in den Jahren 2012 und 2013 das Bruttoinlandsprodukt nur auf einem moderaten Wachstumskurs war (+0,4% beziehungsweise +0,3%), hatte die Wirtschaftsleistung in Deutschland bereits im Jahr 2014 mit einem Wachstum um 1,6% deutlich an Tempo gewonnen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 sogar über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre in Höhe von 1,3% lag. Die konjunkturelle Lage war im Jahr 2015 nach einem schwungvollen Jahresauftakt bis zum Jahresende sehr stabil. Getragen wurde das Wachstum im Jahr 2015 ebenso wie im Vorjahr vor allem von einer starken Binnennachfrage.

↳ Grafik 1, Tabelle 2

Tabelle 2

Bruttoinlandsprodukt
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	preisbereinigt, verkettet	kalenderbereinigt
2000	+ 3,0	+ 3,2
2001	+ 1,7	+ 1,8
2002	+ 0,0	+ 0,0
2003	- 0,7	- 0,7
2004	+ 1,2	+ 0,7
2005	+ 0,7	+ 0,9
2006	+ 3,7	+ 3,9
2007	+ 3,3	+ 3,4
2008	+ 1,1	+ 0,8
2009	- 5,6	- 5,6
2010	+ 4,1	+ 3,9
2011	+ 3,7	+ 3,7
2012	+ 0,4	+ 0,6
2013	+ 0,3	+ 0,4
2014	+ 1,6	+ 1,6
2015	+ 1,7	+ 1,5

Bei den aktuellen Ergebnissen für das Bruttoinlandsprodukt sind implizit auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration enthalten. Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts knüpft nämlich vor allem an Umsätzen und Ausgaben an, dabei ist die genaue Kenntnis der Einwohnerzahl in der Regel nicht von Bedeutung. Relevant für das Bruttoinlandsprodukt

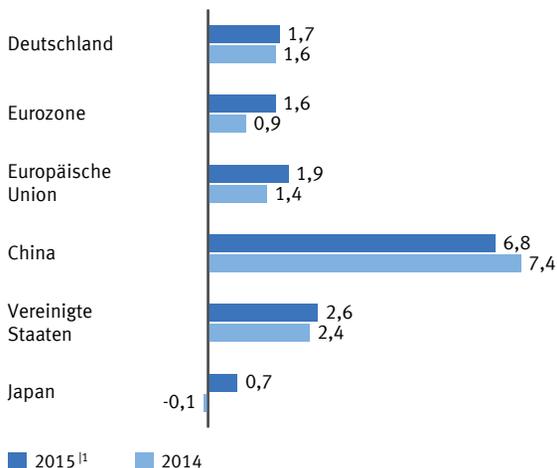
sind in diesem Zusammenhang die Ausgaben für Unterkunft, Verpflegung und medizinische Versorgung von Schutzsuchenden. Verwendungsseitig sind hier kurzfristig vor allem die Konsumausgaben des Staates sowie die privaten Konsumausgaben betroffen.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland im Jahr 2015 mit einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,7% eher im Mittelfeld. Für die meisten anderen europäischen Länder wird für das Jahr 2015 wieder mit einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr gerechnet, nachdem es in den Jahren zuvor zum Teil kräftige Rückgänge gegeben hatte. Insgesamt geht die Europäische Kommission in ihrer Herbstprognose für die gesamte Europäische Union (EU-28) von einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,9% aus, der damit geringfügig über dem deutschen Wert liegen würde. Für die 19 Länder der Eurozone rechnet sie mit einem etwas schwächeren Wachstum von 1,6%. Im außereuropäischen Vergleich ergibt sich ein heterogenes Bild. Für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erwartet die Kommission mit 2,6% ein etwas stärkeres Wirtschaftswachstum als für die Europäische Union. Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr hat sich der Abstand zwischen beiden Wirtschaftsräumen aber verringert. Für China wird ein weiterhin starkes, aber gegenüber dem Vorjahr weiter verlangsamtes Wachstum von 6,8% prognostiziert. Für Japan geht die Kommission davon aus, dass sich die Wirtschaft im Jahr 2015 nach einem leichten Abschwung im Jahr 2014 (-0,1%) voraussichtlich nur langsam wieder erholt (+0,7%).

↳ Grafik 2

Grafik 2

Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Prognose Herbst 2015, außer für Deutschland. Für Deutschland erstes vorläufiges Ergebnis.
2016 - 01 - 0059

Im Jahresdurchschnitt 2015 wurde die Wertschöpfung im Inland durch 43 Millionen Erwerbstätige erbracht. Damit lag 2015 die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland um 329 000 Personen oder 0,8% höher als im Jahresdurchschnitt 2014. Dieser Anstieg fügt sich in das Bild der vergangenen zehn Jahre ein, in denen die Zahl der Erwerbstätigen durchschnittlich um 0,8% pro Jahr gewachsen war. Allerdings fiel der Anstieg geringfügig niedriger aus als im Jahr 2014 (+0,9%). Insgesamt erreichte die Zahl der Erwerbstätigen erneut den höchsten Stand seit der deutschen Vereinigung. Eine gestiegene Erwerbsbeteiligung der

inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte glichen negative demografische Effekte mehr als aus. Dabei haben im Jahr 2015 insbesondere zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, vor allem aus Polen, Rumänien, Bulgarien sowie Kroatien, für positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt gesorgt. [Tabelle 3](#)

Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter anstieg, war die Zahl der marginal Beschäftigten im Rahmen von geringfügiger Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten (sogenannte Ein-Euro-Jobs) rückläufig. Damit setzte sich der Trend der vergangenen Jahre fort. Auch die Zahl der Beamten und Berufssoldaten ging zurück. Insgesamt wuchs die Zahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 2015 um 426 000 Personen (+1,1%) auf 38,7 Millionen. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger sank dagegen im selben Zeitraum um 97 000 Personen (-2,2%) auf 4,3 Millionen.

Die Zahl der Erwerbslosen ging nach vorläufigen Ergebnissen der Arbeitskr fterhebung auch im Jahr 2015 zurück. Nach international einheitlichen Konzepten definiert, lag die Zahl der Erwerbslosen im Jahresdurchschnitt 2015 knapp unter 2,0 Millionen. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2014 waren das 6,7% beziehungsweise 140 000 Erwerbslose weniger. Die Zahl der Erwerbslosen lag erstmals seit der deutschen Vereinigung unter 2 Millionen. Die Zahl der Erwerbspersonen, definiert als Summe von Erwerbstätigen und Erwerbslosen, erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um

Tabelle 3

Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivit t¹

	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²	Geleistete Arbeitsstunden ³	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	darunter: Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000				Mill.	Index (2010 = 100)	
2013	42 328	37 869	2 182	57 639	104,4	101,2	103,3
2014	42 703	38 306	2 090	58 349	106,1	101,9	103,6
2015	43 032	38 732	1 950	59 025	107,9	102,8	104,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2014	+ 0,9	+ 1,2	- 4,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,4
2015	+ 0,8	+ 1,1	- 6,7	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,5

¹ Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je durchschnittlich Erwerbstätigen.
² Ergebnisse der Arbeitskr fterhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.
³ Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

184 000 Personen (+0,4%) auf 44,9 Millionen. Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, sank bei Berechnung auf dieser Grundlage von 4,7% im Jahr 2014 auf 4,3% im Jahr 2015. Damit lag die Erwerbslosenquote in Deutschland wieder unter den Werten aller anderen EU-Mitgliedstaaten und war nur knapp halb so hoch wie im EU-Durchschnitt. Die Zahl der Erwerbslosen wird in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form mit der Arbeitskräfteerhebung erfasst, die in Deutschland in den Mikrozensus integriert ist.

Abweichend von den methodischen Konzepten der EU-Arbeitskräfteerhebung veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit eigene Ergebnisse zu den registrierten Arbeitslosen, die mit den Definitionen des Sozialgesetzbuches (SGB) übereinstimmen. Danach waren im Jahresdurchschnitt 2015 mit 2,8 Millionen registrierten Arbeitslosen rund 104 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als noch ein Jahr zuvor. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,7% im Jahr 2014 auf 6,4% im Jahr 2015.

Neben den Erwerbstätigen spielt der Kapitalstock beziehungsweise das Anlagevermögen als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Das Anlagevermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind Wohnbauten und Nichtwohnbauten; Fahrzeuge, Maschinen und sonstige Ausrüstungen sowie militärische Waffensysteme; geistiges

Eigentum bestehend aus Forschung und Entwicklung, Urheberrechten, Software und Datenbanken sowie Suchbohrungen; außerdem Nutztiere und Nutzpflanzungen. Das Anlagevermögen wird aus den Investitionen der Vergangenheit und den geschätzten durchschnittlichen Nutzungsdauern der verschiedenen Anlagegütergruppen ermittelt. Als Indikator für die Entwicklung des Kapitalstocks dient der Kettenindex für das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen. Abgeleitet aus dem Anlagevermögen werden die volkswirtschaftlichen Abschreibungen; sie sind ein Maß für die Nutzung beziehungsweise den Wertverzehr des Anlagevermögens in einer Periode.

↘ **Tabelle 4**

Am Jahresende 2015 waren in der deutschen Volkswirtschaft Anlagegüter mit einem Neuwert von 17,2 Billionen Euro für Produktionszwecke vorhanden. Preisbereinigt waren es 5,9% mehr Anlagegüter als 2010 und 1,1% mehr als 2014. Die Kapitalproduktivität ist im Jahr 2015 um 0,5% gestiegen, weil das Bruttoinlandsprodukt mit 1,7% stärker als der Kapitalstock gewachsen ist. Diese Konstellation war bereits im Vorjahr zu beobachten. Seit 2006 wechseln sich je zwei Jahre mit sinkender und steigender Kapitalproduktivität ab, sodass sich diese über zehn Jahre betrachtet kaum verändert hat. ↘ **Grafik 3**

Wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben, zeigt die Kapitalintensität. Dazu wird das Bruttoanlagevermögen am Jahresende in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Im Jahr 2015 waren je Erwerbstätigen (im Durchschnitt der Volkswirtschaft) Anlagegüter mit einem Neuwert, das heißt zu Wiederbeschaffungspreisen, von rund 400 000 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen im Jahr 2015 preisbereinigt um 0,4% gestiegen, im Jahr zuvor betrug die Steigerung 0,3%.

Tabelle 4

Bruttoanlagevermögen, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität

	Bruttoanlagevermögen ¹		Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	Wiederbeschaffungspreise	preisbereinigt, verkettet		
	Mrd. EUR	2010 = 100		
2013	16 270	103,5	100,9	100,3
2014	16 769	104,7	101,3	100,6
2015	17 219	105,9	101,9	100,9
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
2014	+ 3,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,3
2015	+ 2,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,4

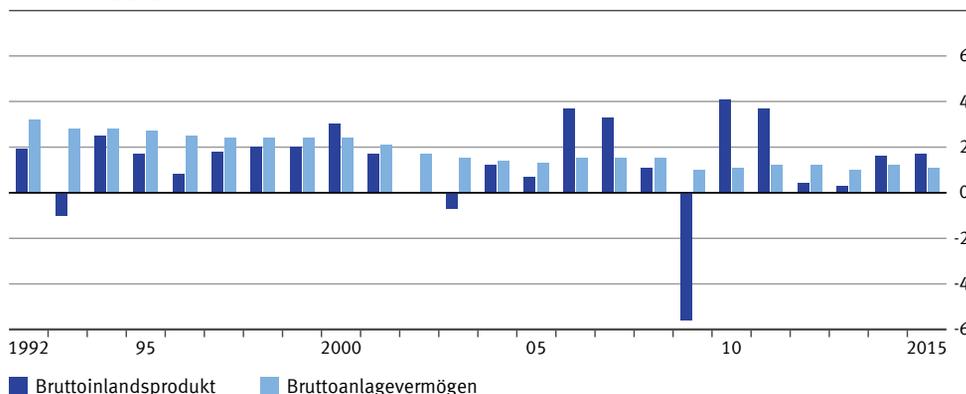
¹ Bestand am Jahresende.

² Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100.

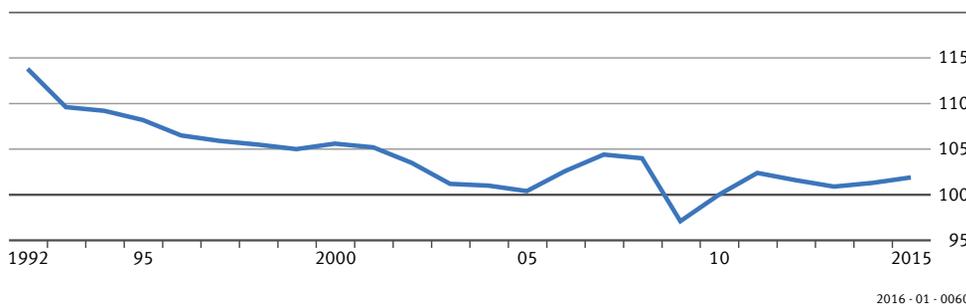
³ Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100) je Erwerbstätigen (umgerechnet auf Messzahlen 2010 = 100).

Grafik 3

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Bruttoanlagevermögen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Entwicklung der Kapitalproduktivität
2010 = 100



2016 - 01 - 0060

3

Entstehung des Inlandsprodukts

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den auf internationaler Ebene harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Die Bruttowertschöpfung und der Produktionswert der Wirtschaftsbereiche werden somit ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (G tersteuern), aber zuzüglich der empfangenen G tersubventionen dargestellt. G tersteuern und G tersubventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabh ngig von den produzierten oder gehandelten Gütern sind (zum Beispiel Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum

Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettog tersteuern (Saldo von G tersteuern und G tersubventionen) global der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche hinzugefügt.

Die Ergebnisse nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen zeigen, dass zum wirtschaftlichen Wachstum im Jahr 2015 sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt mit einer Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,9% beziehungsweise 1,5% beigetragen haben. Der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei verzeichnete nach einem hohen Zuwachs im Vorjahr (+7,5%) einen Rückgang um 2,1%. Im Baugewerbe kam es – trotz milder Witterung in den Wintermonaten – im Jahr 2015 insgesamt zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um 0,2%; im Vorjahr hatte es im Baugewerbe noch einen deutlichen Zuwachs gegeben (+2,6%). Die Baugenehmigungen (Rauminhalt

Tabelle 5

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	Bruttowertschöpfung	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche								
			zusammen	darunter:		zusammen	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Information und Kommunikation	Finanz- und Versicherungsdienstleister	Grundstücks- und Wohnungswesen	Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	Sonstige Dienstleister	
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe									
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2013	2 536,9	20,0	768,9	572,6	113,3	1 748,0	396,3	122,9	104,7	283,6	276,4	460,6	103,5	
2014	2 623,1	17,9	795,5	593,6	120,7	1 809,7	407,2	127,5	107,6	291,8	290,2	478,4	107,0	
2015	2 725,0	15,2	829,6	616,2	127,5	1 880,2	421,9	133,4	106,7	304,3	305,7	497,5	110,7	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2014	+ 3,4	- 10,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 6,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,4	
2015	+ 3,9	- 15,1	+ 4,3	+ 3,8	+ 5,6	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,6	- 0,8	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,0	+ 3,4	
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %														
2014	+ 1,5	+ 7,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,1	
2015	+ 1,6	- 2,1	+ 1,9	+ 1,9	- 0,2	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,9	- 1,0	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	+ 0,3	

– neue Gebäude) verzeichneten als vorauslaufender Indikator in der Bauwirtschaft von Januar bis Oktober 2015 gegenüber den Vorjahresmonaten einen leichten Zuwachs von 0,3 %, der sich in den zeitnahen Monaten Juli bis Oktober 2015 deutlich beschleunigte (+ 4,7 %). Dies deutet möglicherweise auf eine Belebung der Baukonjunktur hin. Das Produzierende Gewerbe, das auch ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht, konnte spürbar um 2,2 % zulegen. Das lag vor allem am Verarbeitenden Gewerbe, wo es trotz einer leichten Schwächephase zu Jahresbeginn im Jahresdurchschnitt wieder aufwärts ging (+ 1,9 %). Im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden ging die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2015 dagegen preisbereinigt zurück (- 4,4 %). In der Energie- und Wasserversorgung, einem weiteren Unterbereich des Produzierenden Gewerbes, kam es im Jahr 2015 zu einem deutlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung (+ 4,7 %). [↘ Tabelle 5, Grafik 4](#)

Einen Anstieg der wirtschaftlichen Entwicklung verzeichnete im Jahr 2015 auch der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+ 1,6 %). Diese Zunahme der realen Wirtschaftsleistung resultierte aus einem überdurchschnittlichen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Kraftfahrzeughandel (+ 7,8 %). Im Bereich Verkehr und Lagerei war hingegen ein leichter Rückgang zu ver-

zeichnen (- 0,4 %). Im Gastgewerbe hat sich die positive Entwicklung fortgesetzt: Die Bruttowertschöpfung fiel in diesem Bereich im Jahr 2015 mit einem preisbereinigten Anstieg um 3,6 % nochmals höher aus als im Jahr 2014 (+ 2,8 %). Innerhalb des Wirtschaftsbereichs Handel konnte der Einzelhandel (+ 2,9 %) – auch aufgrund der gestiegenen Binnennachfrage – deutlich stärker zulegen als der Bereich Großhandel einschließlich Handelsvermittlung (+ 0,1 %).

Bei den weiteren Dienstleistungsbereichen hat sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 unterschiedlich entwickelt: Mit am stärksten ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit + 2,9 % im Bereich der Information und Kommunikation gestiegen. Bei dem zusammengefassten Bereich der Unternehmensdienstleister fiel die Zunahme der wirtschaftlichen Leistung mit 2,8 % um 0,4 Prozentpunkte höher aus als im Jahr 2014 (+ 2,4 %). In der Zeitarbeitsbranche, in der sich die gesteigerte Nachfrage vor allem aus der Industrie besonders auswirkte, stieg die reale Bruttowertschöpfung weiter deutlich um 4,4 % nach 3,1 % im Jahr 2014. Zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung kam es im Jahr 2015 im Wirtschaftsbereich der Finanz- und Versicherungsdienstleister (- 1,0 %). Im Bereich der Sonstigen Dienstleister, zu denen beispielsweise die verschiedenen kulturellen Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen, das Spiel-

Wett- und Lotteriewesen, die sportlichen Einrichtungen und die Interessenvertretungen z ahlen, kam es im Jahr 2015 zu einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 0,3 %. Ebenso konnte das Grundstücks- und Wohnungswesen, das auch den Teilbereich der Wohnungsvermietung umfasst, die Wirtschaftsleistung im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr steigern (+ 1,3 %). Im zusammengefassten Bereich der öffentlichen Dienstleister, Erziehung, Gesundheit kam es im Jahr 2015 weiterhin zu einer Zunahme der realen Bruttowertschöpfung um preisbereinigt 1,3 %, nach 1,0 % im Jahr 2014.

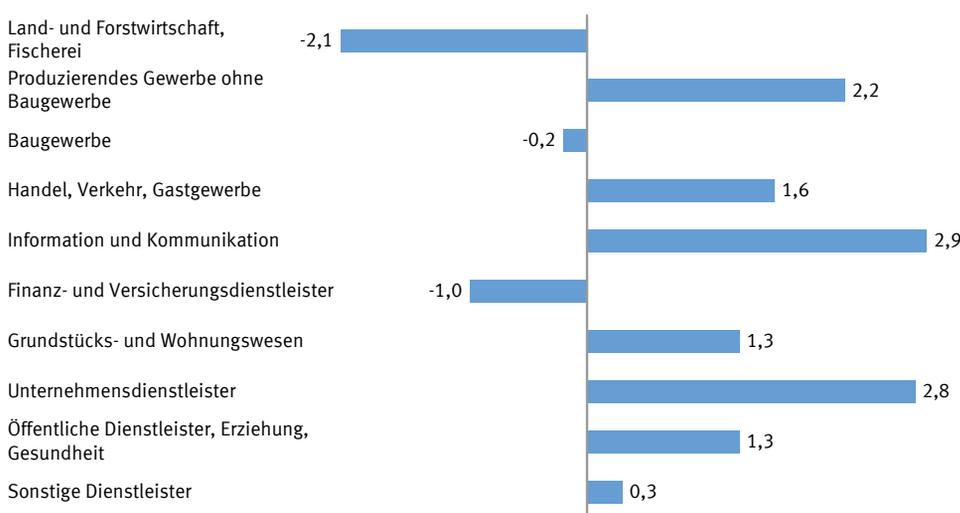
Bei den aktuellen Berechnungen wird in vielen Dienstleistungsbereichen wegen unzulänglicher Informationen zum tatsächlichen Umsatz ersatzweise auf Erwerbst tigmengendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen. Aus diesen Informationen werden dann unter Berücksichtigung der (zurückliegenden) Produktivit tsentwicklungen die Wertsch pfungsgr o en abgeleitet. Daneben werden für die Wirtschaftsbereiche des Verkehrs und der Telekommunikation die vierteljährlichen Ergebnisse der Konjunkturstatistik in den Dienstleistungen verwendet. Neben der Entwicklung des Arbeitsvolumens werden für einzelne Unterbereiche der öffentlichen und privaten Dienstleistungen zusätzlich auch spezifische aktuelle Informationen, beispielsweise im Gesundheitswesen die Ausgabenentwicklung der Krankenkassen, laufend berücksichtigt. Die preisberei-

nigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg nach den eher wachstumsschwachen Jahren 2012 (+ 0,5 %) und 2013 (+ 0,3 %) im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 % nach + 1,5 % im Jahr 2014. Damit fiel der Anstieg der Bruttowertschöpfung um 0,1 Prozentpunkte niedriger aus als der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Demzufolge führten die sogenannten Nettog tersteuern (G tersteuern abzüglich G tersubventionen) zu einer leicht unterschiedlichen Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen nahm im Berichtsjahr 2015 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 3,9 % zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt lag um 3,8 % über dem Ergebnis des Vorjahres. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen preisbereinigten Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Gewisse Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu den Veränderungsraten der preisbereinigten Werte ziehen; allerdings sind dabei die Effekte der getrennten Deflationierung von Produktionswert und Vorleistungen zu beachten (sogenannte doppelte Deflationierung). Anhand der nominalen Bruttowert-

Grafik 4

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2015
preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



2016 - 01 - 0061

schöpfung der Wirtschaftsbereiche lässt sich auch die Struktur der Wirtschaft und deren Wandel im Zeitablauf darstellen. Im Jahr 2015 hat sich die Wirtschaftsstruktur nach den starken Verwerfungen infolge der Wirtschaftskrise 2009 wieder weiter normalisiert. Der Anteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) ist im Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 geringfügig gestiegen (um 0,1 Prozentpunkt), er liegt nach wie vor noch bei über einem Viertel (25,8%) der Gesamtwirtschaft. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der nominalen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung blieb im Jahr 2015 mit 69,0% unverändert gegenüber dem Jahr 2014.

4

Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) war der Konsum im Jahr 2015 wichtigster Wach-

tumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,9%, die Konsumausgaben des Staates sogar um 2,8% höher als im Jahr zuvor. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,6% mehr in Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein leichtes Plus von 0,2%. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahr 2015 weiter an Dynamik: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 5,4% höher als im Vorjahr. Die Importe legten in ähnlicher Größenordnung zu (+ 5,7%), sodass der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, einen vergleichsweise geringen Beitrag zum BIP-Wachstum leistete (+0,2 Prozentpunkte). [↘ Tabelle 6](#)

Die privaten Konsumausgaben lagen im Jahr 2015 in jeweiligen Preisen 2,5% über dem Wert des Vorjahres.

Tabelle 6
Verwendung des Inlandsprodukts

Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung											Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Nachrichtlich	
	insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen								Exporte	Importe
		zusammen	private Konsumausgaben	Konsumausgaben des Staates	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen				Vorratsveränderungen und Nettzugang an Wertsachen	von Waren und Dienstleistungen			
					zusammen	Ausrüstungen ¹	Bauten	sonstige Anlagen ²						
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2013	2 820,8	2 651,4	2 104,6	1 562,7	541,9	546,8	557,3	181,3	277,2	98,8	- 10,5	169,4	1 283,1	1 113,7
2014	2 915,7	2 719,3	2 156,2	1 592,2	564,0	563,1	585,1	189,8	291,8	103,5	- 22,0	196,4	1 333,2	1 136,8
2015	3 026,6	2 789,7	2 221,9	1 632,7	589,2	567,8	602,9	197,3	297,2	108,5	- 35,2	236,9	1 419,0	1 182,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2014	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,0	+ 5,0	+ 4,7	+ 5,2	+ 4,8	- 11,5	+ 27,0	+ 3,9	+ 2,1
2015	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,5	+ 0,8	+ 3,1	+ 4,0	+ 1,9	+ 4,7	- 13,1	+ 40,6	+ 6,4	+ 4,0
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
2014	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 3,5	+ 4,5	+ 2,9	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 4,0	+ 3,7
2015	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,8	- 0,5	+ 1,7	+ 3,6	+ 0,2	+ 2,7	- 0,4	+ 0,2	+ 5,4	+ 5,7

1 Einschließlich militärischer Waffensysteme.
2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.
3 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Damit stiegen sie fast genauso stark wie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (+ 2,8 %, siehe hierzu auch Kapitel 6 und Tabelle 15). Die Konsumausgaben je Einwohner erhöhten sich im Jahr 2015 um 1,8 % und beliefen sich auf 20017 Euro. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist der Pro-Kopf-Konsum um rund 5 000 Euro angestiegen. Aufgrund der niedrigen Inflation stiegen die preisbereinigten privaten Konsumausgaben 2015 um 1,9 % (2014: + 0,9 %) – dies ist der stärkste Zuwachs seit dem Jahr 2000 (+ 2,1 %). Der implizite Preisanstieg im Jahr 2015 betrug 0,7 %.

Die Konsumausgaben privater Haushalte enthalten auch direkte Käufe durch Flüchtlinge, die dazu Geldleistungen des Staates, eigene Mittel oder Geldspenden verwenden können. Sachspenden privater Haushalte für Flüchtlinge schlagen sich ebenfalls in den privaten Konsumausgaben nieder, allerdings nur soweit es sich um neue und nicht um gebrauchte Güter handelt. Auch in den Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck können erhöhte Sachaufwendungen und Arbeitnehmerentgelte der Hilfsorganisationen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration enthalten sein. Eine genaue Quantifizierung dieser Effekte ist aber nicht ohne Weiteres möglich, da diese Ausgaben in den Ausgangsdaten nur implizit enthalten sind. [↪ Tabelle 7](#)

Die Tabelle 7 zu den Ausgabekategorien der privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen zeigt, dass im Jahr 2015 die privaten Haushalte für alle Verwendungszwecke mehr Geld als im Vorjahr ausgegeben haben.

Insbesondere im Bereich „übrige Verwendungszwecke“ erhöhten sich die Konsumausgaben mit 3,4 % überdurchschnittlich: Die Verbraucherinnen und Verbraucher gaben vor allem mehr aus für Gastronomie und Beherbergung sowie für Gesundheitspflege. Die privaten Haushalte konsumierten auch mehr Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Die Konsumausgaben für diese Produkte stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,9 %, im Jahr 2014 hatte der Zuwachs 2,1 % betragen.

Die Ausgaben im Bereich Wohnung, Wasser, Strom und Gas erhöhten sich nur leicht (+ 1,2 %). Grund hierfür sind im Wesentlichen die Preisrückgänge bei Heizöl (– 22,2 %), Flüssiggas (– 19,9 %), Erdgas (– 1,1 %) sowie Strom (– 0,8 %).

Die Konsumausgaben des Staates waren 2015 in jeweiligen Preisen 4,5 % höher als im Vorjahr; preisbereinigt ergab sich eine Zunahme um 2,8 %. Dabei lagen die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften in jeweiligen Preisen um 4,5 % und die der Sozialversicherung um 4,4 % über den Vorjahreswerten. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen (gekaufte Marktproduktion) und für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus den Verkäufen dieser Leistungen sowie abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion waren vom

Tabelle 7
Private Konsumausgaben
in jeweiligen Preisen

	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	darunter: Käufe nach Verwendungszwecken ¹						
			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ²		
	Mrd. EUR							EUR	
2013	1 562,7	1 517,5	198,0	365,3	249,9	139,8	522,5	45,3	19 377
2014	1 592,2	1 544,0	202,2	365,5	254,0	142,5	538,0	48,1	19 660
2015	1 632,7	1 583,1	208,1	369,8	258,8	146,6	556,2	49,5	20 017
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
2014	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,0	+ 6,4	+ 1,5
2015	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,9	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,8

1 Käufe der privaten Haushalte im Inland.

2 Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, Gesundheitspflege, Bildungswesen, Körperpflege, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Tabelle 8

Konsumausgaben des Staates

	Insgesamt (Spalte 2 + 5 – 7 + 8)	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹		Verkäufe von Waren und Dienst- leistungen ²	Soziale Sach- leistungen	Nachrichtlich: Konsumaus- gaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	zusammen	darunter: Arbeitnehmer- entgelt			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Mrd. EUR									
2013	541,9	124,6	115,5	9,1	272,3	215,4	82,0	227,1	512,3
2014	564,0	127,8	118,7	9,1	280,1	221,2	83,9	240,1	534,8
2015	589,2	133,1	123,8	9,3	288,0	227,3	84,9	253,0	559,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2014	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 5,7	+ 4,4
2015	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,3	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,2	+ 5,4	+ 4,7

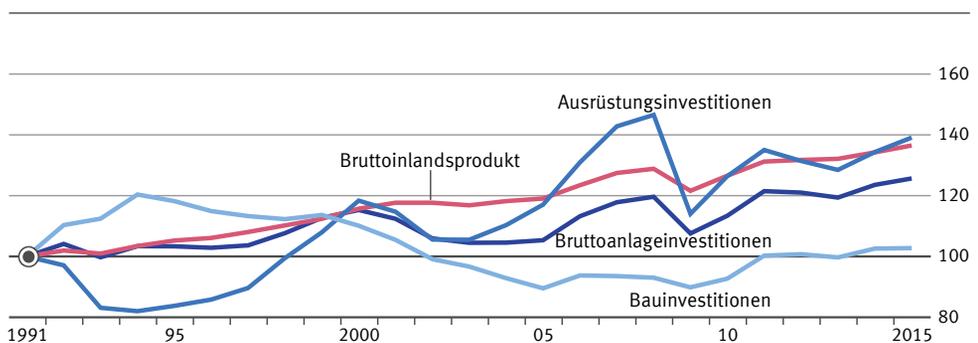
1 Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen.
2 Einschließlich Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

Staat 2,7 % mehr aufzuwenden als noch im Vorjahr. Der Verbrauch an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion des Staates stieg um 4,2 % im Jahr 2015. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 5,4 % mehr aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtsjahr um 1,2 % höher als ein Jahr zuvor. Wesentliche Gründe für diese Entwicklungen sind im Kapitel 7 zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates dargestellt. [↘ Tabelle 8](#)

Die Bruttoanlageinvestitionen zeigen in jeweiligen Preisen seit dem Berichtsjahr 2010 durchgehend positive Veränderungsrate. In den Jahren 2012 und 2013 blieben die Raten mit 1,5 % beziehungsweise 0,3 % jedoch gering, nicht zuletzt deshalb, weil die Ausrüstungsinvestitionen um 1,8 % beziehungsweise 2,0 % zurückgegangen waren. In den Berichtsjahren 2014 und 2015 nahmen die Ausrüstungen jedoch wieder deutlich um 4,7 % beziehungsweise 4,0 % zu. Dadurch belebten sich die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt und stiegen um 5,0 % beziehungsweise 3,1 % auf nunmehr 602,9 Milliarden Euro an. Neben den Ausrüstungen werden in den Jahren 2014 und

2015 auch für die Bauinvestitionen sowie die sonstigen Anlagen positive Veränderungsrate ausgewiesen. Für das Jahr 2015 verläuft allerdings aufgrund der schwächeren Bauinvestitionen auch die Wachstumsdynamik der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt gedämpfter. Die preisbereinigten Ergebnisse belegen diesen Trend in noch stärkerem Maße: Bei einem Preisanstieg im Investitionsbereich von insgesamt rund 1,5 % nahmen die preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen in den Jahren 2014 um +3,5 % und 2015 um +1,7 % zu. Die Zunahme wird allerdings ganz überwiegend vom nicht-staatlichen Investitionsengagement getragen, denn die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen sanken in jeweiligen Preisen 2014 um 0,1 % und 2015 um 0,7 %, was preisbereinigt Rückgängen von 1,6 % und 2,1 % entspricht. Grafik 5 veranschaulicht in einem längerfristigen Vergleich seit dem Jahr 1991, dass die Entwicklung der

Grafik 5
Investitionen und Bruttoinlandsprodukt
1991 = 100



2016 - 01 - 0062

Tabelle 9

Bruttoanlageinvestitionen

	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹		
	insgesamt	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen ^{1,2}	nicht staatliche Sektoren	Staat ^{1,2}	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2013	557,3	493,9	63,4	181,3	168,8	12,4	277,2	242,8	34,5	98,8	82,3	16,5
2014	585,1	521,7	63,4	189,8	179,6	10,2	291,8	255,7	36,0	103,5	86,4	17,2
2015	602,9	540,0	62,9	197,3	187,9	9,5	297,2	261,3	35,8	108,5	90,8	17,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2014	+ 5,0	+ 5,6	- 0,1	+ 4,7	+ 6,4	- 17,8	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 5,0	+ 3,7
2015	+ 3,1	+ 3,5	- 0,7	+ 4,0	+ 4,6	- 7,3	+ 1,9	+ 2,2	- 0,5	+ 4,7	+ 5,1	+ 2,8
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2014	+ 3,5	+ 4,1	- 1,6	+ 4,5	+ 6,2	- 18,1	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,8
2015	+ 1,7	+ 2,2	- 2,1	+ 3,6	+ 4,2	- 7,6	+ 0,2	+ 0,4	- 1,9	+ 2,7	+ 3,1	+ 0,9

1 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.
 2 Einschließlich militärischer Waffensysteme.
 2 Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

preisbereinigten Bruttoanlageinvestitionen hinter der des Bruttoinlandsprodukts zurückgeblieben ist, wobei sich auch die Investitionsquote in jeweiligen Preisen von 24,9% im Jahr 1991 auf 19,9% im Jahr 2015 verringert hat. Allerdings zeigt eine differenziertere Betrachtung, dass dies vor allem auf den Rückgang der Bauinvestitionen nach der deutschen Vereinigung zurückzuführen ist und dass sich seit etwa 2002 die Anlageinvestitionen wieder weitgehend parallel zum Bruttoinlandsprodukt entwickeln. [↘ Grafik 5, Tabelle 9](#)

Die Ausrüstungsinvestitionen werden seit der Generalrevision 2014 aggregiert mit den (rein staatlichen) Investitionen in militärische Waffensysteme veröffentlicht. Die Berechnung der Ausrüstungsinvestitionen nach der G terstrommethode basiert unter anderem auf detaillierten Informationen der Produktions- sowie der Außenhandelsstatistik. Zum Ende des Berichtsjahres 2015 lagen allerdings lediglich die Daten der ersten beiden Quartale nahezu vollständig vor, während für das dritte und vor allem für das vierte Berichtsquartal ergänzende Schätzungen erforderlich sind. Die hier dargestellten Resultate sind mithin noch vorläufig. Sie zeigen gleichwohl, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen nach zwei Jahren mit Rückgängen von jeweils rund zwei Prozent in jeweiligen Preisen (2012: -1,8%, 2013: -2,0%) in den Jahren 2014 und 2015 mit Zugewinnen von 4,7% beziehungsweise 4,0% wieder konsolidieren konnten

und im Jahr 2015 rund 197,3 Milliarden Euro betragen. Nur in den Vorkrisenjahren 2007 und 2008 hatten die Ausrüstungen jemals höher gelegen. Triebkraft dieser Entwicklung waren die privaten Ausrüstungsinvestitionen, die mit +6,4% im Jahr 2014 und +4,6% im Jahr 2015 eine robuste Konjunktur aufwiesen. Dagegen gingen die staatlichen Ausrüstungen im Jahr 2015 erneut außergewöhnlich stark zurück (um 7,3%), nachdem sie bereits im Vorjahr um 17,8% eingebrochen waren. Diese massiven Veränderungen sind unter anderem mit den recht unstetig verlaufenden Investitionen des Staates in militärische Waffensysteme zu erklären. Die preisbereinigten Ergebnisse vermitteln ein sehr ähnliches Bild, da der Preisanstieg für Ausrüstungsgüter im Betrachtungszeitraum meist weniger als einen halben Prozentpunkt betragen hat: So wird nun für das Jahr 2015 ein preisbereinigtes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen um 3,6% gemessen. Die bislang vorliegenden unterjährigen Informationen deuten nicht darauf hin, dass dieser Trend demnächst endet.

Die Bauinvestitionen sind nach ersten Berechnungen im Jahr 2015 preisbereinigt mit +0,2% nur sehr gering gestiegen, nachdem sie im Vorjahr kräftig um 2,9% gewachsen waren. Maßgeblich hierfür war der Rückgang im ersten Quartal, der trotz des milden Winters im Jahr 2015 auf die extrem günstige Witterung im Vorjahr zurückzuführen ist. Diesen konnten die Produzenten von

Bauleistungen im weiteren Jahresverlauf nach einem schwachen Sommer erst im vierten Quartal aufholen. Das ist allerdings nur den Wohnungsbauinvestitionen zuzuschreiben, die sich um 1,5% erhöhten und damit bereits seit sechs Jahren eine überdurchschnittliche Entwicklung aufweisen. Das in Tabelle 9 dargestellte Wachstum der Bauinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren um 0,4% ist auf den darin nahezu vollständig enthaltenen Wohnungsbau zurückzuführen. Die preisbereinigte Veränderungsrate der Investitionen in gewerbliche und öffentliche Nichtwohnbauten nahm hingegen um 1,9% beziehungsweise 1,7% ab. Insbesondere für den Hochbau war der Rückgang der Bauinvestitionen mit –2,2% besonders ausgeprägt, wogegen der Rückgang im Tiefbau mit –1,2% etwas moderater ausfiel. Für die Bauinvestitionen insgesamt lagen die Preissteigerungen im Berichtsjahr 2015 durchschnittlich bei 1,7%. Im Vorjahr war ein Anstieg der Baupreise um 2,3% verzeichnet worden.

Die Investitionen in sonstige Anlagen haben sich mit der Generalrevision 2014 durch die Erweiterung um Forschung und Entwicklung mehr als verdreifacht und werden für das Berichtsjahr 2015 mit 108,5 Milliarden Euro angegeben. Sie bestehen zu knapp drei Vierteln aus Investitionen in Forschung und Entwicklung und zu gut einem Fünftel aus Investitionen in erworbene und selbstgestellte Software sowie in Datenbanken. Die verbleibenden knapp fünf Prozent setzen sich zusammen aus Investitionen in Urheberrechte, Suchbohrungen sowie Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzen. Die neu abgegrenzten sonstigen Anlageinvestitionen nahmen seit dem Berichtsjahr 2003 insgesamt stetig zu; nur im Krisenjahr 2009 sowie sehr geringfügig im Jahr 2013 sanken die privaten Investitionen in sonstige Anlagen, während die staatlichen Investitionen in sonstige Anlagen durchweg ausgeweitet wurden. In den Jahren 2014 und 2015 stiegen die Investitionen in sonstige Anlagen um 4,8% beziehungsweise 4,7% in jeweiligen Preisen. Dabei entwickelten sich die privaten Anlagen stärker als die staatlichen, was jedoch auch mit den zuvor schwächeren Zuwachsraten im nichtstaatlichen Bereich zu erklären ist. Preisbereinigt waren die gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten 2014 und 2015 mit +3,1% beziehungsweise +2,7% deutlich gedämpfter. Zu beachten ist allerdings, dass die Daten zu den sonstigen Anlagen vor allem für das jüngste Berichtsjahr überwiegend auf dem Wege indikatorbasierter Schätzungen ermittelt werden.

Der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird ermittelt, indem die Importe von Waren und Dienstleistungen von den Exporten von Waren und Dienstleistungen abgezogen werden. Im Jahr 2015 erzielte Deutschland wieder einen Exportüberschuss: Der Außenbeitrag 2015 erreichte in jeweiligen Preisen gerechnet mit rund 237 Milliarden Euro abermals einen Höchststand. Im Vergleich zum Jahr 2014 ist der nominale Außenbeitrag um rund 41 Milliarden Euro gestiegen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Exportüberschuss 7,8% im Jahr 2015, nach 6,7% im Jahr 2014. Der nominale Exportüberschuss 2015 resultierte aus einem deutlichen Überschuss im Warenhandel (+268 Milliarden Euro) und einem (traditionellen) Defizit im Dienstleistungsverkehr (–31 Milliarden Euro). Im Vergleich zum Vorjahr lag der Warenhandelsüberschuss im Jahr 2015 um etwa 38 Milliarden Euro höher, das Defizit im Dienstleistungsverkehr verringerte sich um rund 3 Milliarden Euro.

Preisbereinigt stiegen die Exporte im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 5,4%, die Importe erhöhten sich mit +5,7% geringfügig stärker. Der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags zum Bruttoinlandsprodukt war positiv und belief sich auf 0,2 Prozentpunkte. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen war die preisbereinigte Entwicklung durch einen Anstieg im Warenhandel gekennzeichnet, der bei den Importen (+6,2%) stärker ausfiel als bei den Exporten (+5,4%). Bei den Dienstleistungsexporten und -importen war ebenfalls eine positive Entwicklung zu verzeichnen: Während die Dienstleistungsexporte um 5,1% stiegen, wuchsen die Dienstleistungsimporte mit +4,1% etwas weniger stark. Da die Exportpreise (nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) um 1,0% anstiegen und die Importpreise sich mit –1,7% dazu gegenläufig entwickelten, verbesserten sich die Terms of Trade gegenüber dem Vorjahr deutlich um +2,7%.

▸ Tabelle 10

Eine regionale Betrachtung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt folgende Strukturen: Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen findet der überwiegende Teil des deutschen Handels mit EU-Ländern statt. Im Jahr 2015 waren dies 56% der Exporte und 58% der Importe, sodass 44% der Exporte und 42% der Importe mit Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaaten) erfolgten. Für die

Tabelle 10

Exporte und Importe

	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
2013	1 283,1	1 078,5	204,7	1 113,7	868,2	245,6	169,4
2014	1 333,2	1 118,5	214,7	1 136,8	888,4	248,4	196,4
2015	1 419,0	1 187,7	231,2	1 182,0	919,9	262,1	236,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
in %							in Mrd. EUR
2014	+ 3,9	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,2	+ 27,0
2015	+ 6,4	+ 6,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 3,5	+ 5,5	+ 40,6
preisbereinigt							
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							in Prozentpunkten ¹
in %							
2014	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,7	+ 0,2	+ 0,4
2015	+ 5,4	+ 5,4	+ 5,1	+ 5,7	+ 6,2	+ 4,1	+ 0,2

1 Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

Entwicklung im Jahr 2015 ist festzuhalten: In jeweiligen Preisen gerechnet stiegen die Exporte in die Drittstaaten um 7,1 % und die Importe aus diesen Drittstaaten um 4,6 %. Auch mit den anderen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren Zuwächse beim grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu beobachten, die allerdings sowohl bei den Exporten (+ 5,9 %) als auch bei den Importen (+ 3,5 %) schwächer ausfielen. Im Niveau ist der Außenbeitrag für beide Weltregionen in ähnlichem Ausmaß um rund 20 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Aus europäischer Sicht steht Deutschland seit einigen Jahren wegen seiner Leistungsbilanzüberschüsse in der Kritik, auch wenn die Europäische Kommission bisher kein übermäßiges Ungleichgewicht festgestellt hat. Insbesondere bei den Ländern der Eurozone, bei denen ein Ausgleich über den Wechselkurs ausgeschlossen ist, kann dies zu einem Auseinanderdriften der Wirtschaftsentwicklung führen. Die Zunahme des Außenbeitrags um über 40 Milliarden Euro lässt auch 2015 einen weiteren Anstieg des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts erwarten. Dies wäre der Fall, wenn sich der Leistungsbilanzüberschuss gemessen am Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der letzten drei Jahre erneut weiter vom europäischen Schwellenwert von 6 % entfernt. Allerdings sind die hohen Überschüsse vor allem dem Handel mit Drittstaaten geschuldet. Von dem

gesamten Außenbeitrag in Höhe von knapp 237 Milliarden Euro entfällt der größte Teil (55 %) auf den Handel mit Drittstaaten. Von den verbleibenden 45 % entfallen lediglich 14 % auf die Eurozone, während knapp 31 % des Außenbeitrags aus dem Handel mit den übrigen EU-Ländern resultieren. Insofern ist auch 2015 weiterhin ein vergleichsweise geringes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht gegenüber den Ländern der Eurozone zu erwarten.

5

Gesamtwirtschaftliche Einkommen, Vermögensbildung und Verteilung des Volkseinkommens

Im abgelaufenen Jahr 2015 hat sich das Bruttonationaleinkommen – die umfassendste gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße – um nominal 3,7 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Zunahme des Bruttonationaleinkommens fiel etwas niedriger aus als die des Bruttoinlandsproduktes (+ 3,8 %). Der Saldo der empfangenen abzüglich geleisteten Primäreinkommen gegenüber der übrigen Welt blieb im Jahr 2015 (+ 67,2 Milliarden Euro) auf dem Vorjahresniveau (+ 66,8 Milliarden Euro).

➤ **Tabelle 11**

Tabelle 11

Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2013	2 820,8	+ 61,2	2 822,0	505,1	2 377,0	- 42,8	2 334,2	2 104,6	229,5	+ 0,3	41,7	188,2	169,4
2014	2 915,7	+ 66,8	2 982,4	517,8	2 464,7	- 37,0	2 427,7	2 156,2	271,5	+ 1,6	45,3	227,8	196,4
2015	3 026,6	+ 67,2	3 093,8	531,1	2 562,7	- 37,3	2 525,4	2 221,9	303,5	- 0,7	36,7	266,1	236,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2014	+ 3,4	X	+ 3,5	+ 2,5	+ 3,7	X	+ 4,0	+ 2,5	+ 18,3	X	+ 8,7	X	X
2015	+ 3,8	X	+ 3,7	+ 2,6	+ 4,0	X	+ 4,0	+ 3,0	+ 11,8	X	- 19,0	X	X

Die aus dem Ausland empfangenen Primäreinkommen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht (+ 2,8 %), ebenso die an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen (+ 3,9 %). Da der Wert der aus dem Ausland empfangenen deutlich über dem Wert der an das Ausland geleisteten Primäreinkommen liegt, hat sich der Saldo der grenzüberschreitenden Primäreinkommen nur wenig geändert. Dominiert werden die grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den Vermögenseinkommen. Dazu zählen Zinsen, ausgeschüttete grenzüberschreitende Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen und von ausländischen Tochterunternehmen sowie entstandene Gewinne, die unmittelbar im Ausland wieder investiert werden (reinvestierte Gewinne). Aufgrund nach wie vor niedriger Zinssätze sind die aus dem Ausland erhaltenen Zinszahlungen um 5,4 % gefallen, die an das Ausland gezahlten Zinsen haben sich um 5,2 % reduziert. Dagegen haben sich die aus der übrigen Welt erhalte-

nen Ausschüttungen einschließlich dort verbliebener reinvestierter Gewinne deutscher Unternehmen um fast 12 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die an die übrige Welt geleisteten Ausschüttungen einschließlich der im Inland verbliebenen reinvestierten Gewinne ausländischer Eigner lagen im Jahr 2015 sogar um fast 18 % über dem Vorjahrswert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die erhaltenen Ausschüttungen einschließlich reinvestierter Gewinne im Jahr 2015 bei rund 89 Milliarden Euro liegen, die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen nur bei 48 Milliarden Euro. Grundsätzlich ist bei diesen aus der Zahlungsbilanzstatistik stammenden Daten zu beachten, dass zu einem so frühen Zeitpunkt noch Ausgangsdaten fehlen und somit später spürbare Korrekturen erfolgen können. [↘ Tabelle 12](#)

Sowohl das an Einpendler gezahlte (+ 2,4 %) als auch das von in Deutschland wohnenden Auspendlern empfangene Arbeitnehmerentgelt aus dem Ausland (+ 4,6 %) erhöhten sich im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr. Die an die EU gezahlten Produktions- und Importabgaben, dies sind abzuführende Zolleinnahmen, stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12,2 %. Die von der EU an Deutschland gezahlten Subventionen fielen 2015 etwas geringer aus (- 1,3 %).

Die beim Übergang vom Bruttonationaleinkommen zum Nettonationaleinkommen abzuziehenden gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen sind um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit ergibt sich ein Anstieg beim Nettonationaleinkommen von 4,0 %. Der traditionell negative Saldo von empfangenen abzüglich an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers lag im abgelaufenen Jahr bei 37,3 Milliarden Euro. Die größte Ein-

Tabelle 12

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	2015	Veränderung gegenüber 2014
	Mrd. EUR	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	198,7	+ 2,8
Arbeitnehmerentgelt	13,0	+ 4,6
Vermögenseinkommen	180,4	+ 2,8
Subventionen	5,3	- 1,3
Primäreinkommen an die übrige Welt	131,5	+ 3,9
Arbeitnehmerentgelt	10,2	+ 2,4
Vermögenseinkommen	116,3	+ 3,7
Produktions- und Importabgaben	5,0	+ 12,2

zelposition der an die übrige Welt geleisteten Transfers sind die Zahlungen an die Europäische Union im Rahmen der BNE- und der Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU mit rund 25 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Schadensleistungen deutscher Rückversicherungen und geleistete Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemals in Deutschland beschäftigte Ausländer, Transfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sowie Transfers privater Haushalte in das Ausland. Bei den aus dem Ausland erhaltenen Transfers sind die Nettoprämien an Versicherungen die gr o te Einzelposition. Das sich nach Abzug der per saldo geleisteten Transfers vom Nettonationaleinkommen ergebende verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2015 einen Wert von 2 525,4 Milliarden Euro, 4,0 % über dem Vorjahresniveau.

Mit einem Anstieg von 3,0 % im Vorjahresvergleich lag die Zunahme der Konsumausgaben der Inländer unter dem Anstieg des verfügbaren Einkommens. Im Einzelnen legten die Konsumausgaben des Staates um 4,5 % und die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck um 2,5 % zu. Da die gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben im Vergleich zum verfügbaren Einkommen weniger stiegen, kam es beim gesamtwirtschaftlichen Sparen zu einem deutlichen Plus (11,8 %). Die Nettoinvestitionen, das heißt die Bruttoinvestitionen abzüglich gesamtwirtschaftlicher Abschreibungen, sind im abgelaufenen Jahr mit 36,7 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr um 19,0 % niedriger ausgefallen. Damit lag das gesamtwirtschaftliche Sparen (303,5 Milliarden Euro) im Jahr 2015 mehr als achtmal höher als die Nettoinvestitionen.

Aus der Differenz von hohem gesamtwirtschaftlichem Sparen bei vergleichsweise geringen Nettoinvestitionen ergibt sich ein weiter steigender gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland. Mit 266,1 Milliarden Euro lag er 2015 um gut 38 Milliarden Euro über dem Vorjahreswert. Dieser hohe außenwirtschaftliche  berschuss ist vor allem auf den nochmals gestiegenen  berschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr gegenüber dem Ausland (Außenbeitrag) auf jetzt 236,9 Milliarden Euro zurückzuführen. Hinzu kommen die per saldo empfangenen Primäreinkommen (67,2 Milliarden Euro) abzüglich der per saldo geleisteten laufenden Transfers (37,3 Milliarden Euro) und den per saldo geleisteten Vermögenstransfers (0,7 Milliarden Euro) an die übrige Welt.

Das Volkseinkommen, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, stieg im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 %. Um vom Nettonationaleinkommen zum Volkseinkommen zu gelangen, muss der Saldo der vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben minus der vom Staat gezahlten Subventionen in Höhe von 297,6 Milliarden Euro vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden. [Tabelle 13](#)

Das Arbeitnehmerentgelt nach dem Inländerkonzept ist im Jahr 2015 um 3,9 % auf 1 542,8 Milliarden Euro gestiegen. Die Veränderungsrate liegt damit geringfügig über der des Jahres 2014, für das eine Zunahme des Arbeitnehmerentgelts um 3,8 % ermittelt wurde. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben sich 2015 stärker entwickelt als das Arbeitnehmerentgelt und sind um 4,6 % auf 722,3 Milliarden Euro angewach-

Tabelle 13
Verteilung des Volkseinkommens

	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ¹	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	1	2	3	4	5	6
	Mrd. EUR					%
2013	2 377,0	280,3	2 096,6	1 430,8	665,8	68,2
2014	2 464,7	288,5	2 176,2	1 485,3	690,9	68,3
2015	2 562,7	297,6	2 265,1	1 542,8	722,3	68,1
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
2014	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	X
2015	+ 4,0	+ 3,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,6	X

1 Vom Staat empfangene Abgaben beziehungsweise vom Staat gezahlte Subventionen.

Tabelle 14

Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²	
Mrd. EUR							
2013	1 430,8	262,5	1 168,3	388,6	201,7	186,9	779,7
2014	1 485,3	271,6	1 213,7	405,6	209,3	196,3	808,1
2015	1 542,8	280,5	1 262,2	425,5	217,0	208,5	836,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2014	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 5,0	+ 3,6
2015	+ 3,9	+ 3,3	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,6	+ 6,2	+ 3,6

1 Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung.
2 Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

sen. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, betrug 68,1 %, das waren 0,2 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2014.

Bei der Interpretation dieser Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, dass Unternehmens- und Vermögenseinkommen auch den privaten Haushalten zufließen. Es sollte zudem beachtet werden, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen aufgrund unzureichender Datenquellen nicht originär, sondern als Saldo aus dem in der Entstehungsrechnung als Restgröße ermittelten Nettobetriebsüberschuss und den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen errechnet werden. Aus diesem Grund weisen sie gewisse Unschärfen auf. Sie sind darüber hinaus im Zeitverlauf wesentlich stärker Schwankungen unterworfen als das kontraktbestimmte Arbeitnehmerentgelt. [➤ Grafik 6](#)

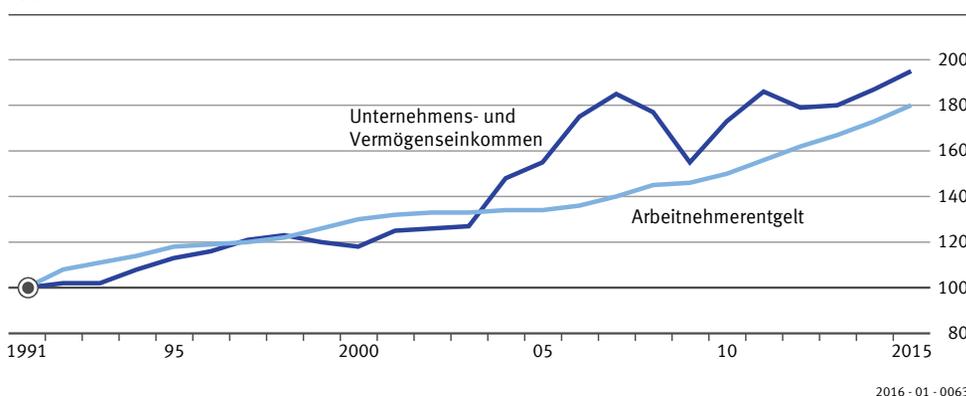
Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern und den Sozialbeiträgen der Arbeit-

geber zusammen und ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit. Wie Tabelle 14 zeigt, waren die Bruttolöhne und -gehälter 2015 mit 1 262,2 Milliarden Euro um 4,0 % höher als im Jahr 2014. Der Anstieg der Lohnsumme entsprach damit der durchschnittlichen Veränderungsrate der Jahre 2011 bis 2014. Der Zuwachs im Jahr 2015 resultiert aus einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 2,9 % – nach 2,7 % im Jahr 2014 – und einer im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % höheren Arbeitnehmerzahl. [➤ Tabelle 14](#)

Betrachtet man für die im Inland beschäftigten Arbeitnehmer die Entwicklung der Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer differenziert nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen, zeigen sich deutlich überdurchschnittliche Zuwachsraten im Bereich Information und Kommunikation (+ 5,6 %), bei den Unternehmensdienstleistern (+ 4,6 %) sowie im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen (+ 4,5 %). Schwächer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt entwickelten sich die

Grafik 6

**Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen
1991 = 100**



2016 - 01 - 0063

Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+1,6%), im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+1,9%) sowie im Bereich öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+2,4%). In den übrigen (zusammengefassten) Wirtschaftsbereichen lag die Veränderungsrate der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter gegenüber 2014 zwischen +2,7% und +2,9%. Zu berücksichtigen ist, dass die diesen Ergebnissen zugrunde liegenden Berechnungen am aktuellen Rand hohe Sch tzanteile aufweisen. Darüber hinaus können auch Veränderungen in der Zusammensetzung beziehungsweise Struktur der Arbeitnehmerschaft die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer beeinflussen.

Der Arbeitsmarkt zeigte auch 2015 eine positive Entwicklung. Die Zahl der im Inland beschäftigten Arbeitnehmer ist gegenüber dem Vorjahr um 1,1% auf rund 38,7 Millionen Personen gestiegen, was ausschließlich auf eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückzuführen ist. In den zusammengefassten Wirtschaftsbereichen war die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Einen deutlichen Beschäftigungszuwachs von 3,0% verzeichneten die Unternehmensdienstleister. Bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern (−0,3%) und insbesondere im Bereich Information und Kommunikation (−1,1%) waren 2015 weniger Arbeitnehmer beschäftigt als im Jahr zuvor. Unterdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Arbeitnehmern wiesen das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit +0,3%, die Sonstigen Dienstleister (+0,4%) sowie das Baugewerbe (+0,8%) auf. Für die übrigen zusammengefassten Wirtschaftsbereiche lagen die Veränderungsraten zwischen +1,2% und +1,4%.

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen war 2015 nach vorläufigen Ergebnissen um 0,9% höher als im Jahr zuvor (siehe Tabelle 3). Je Erwerbstätigenstunde gerechnet ist sie um 0,5% gestiegen. Die unterschiedliche Entwicklung zwischen dem Personen- und Stundenkonzept resultiert aus dem Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden (geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen) um 0,4% gegenüber dem Vorjahr. Die Lohnstückkosten werden in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung als Relation der Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer beziehungsweise je Arbeitnehmerstunde) zur Arbeitsproduktivität gerechnet. Da im Berichtsjahr die Lohnkosten deutlich stärker gewachsen sind als die Arbeitsproduktivität, waren die Lohnst ck-

kosten nach dem Personenkonzept um 1,8% und nach dem Stundenkonzept um 1,7% höher als 2014. Sie sind damit nach beiden Konzepten zum fünften Mal in Folge gestiegen.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber waren 2015 um 3,3% höher als im Jahr zuvor. Während die unterstellten Sozialbeiträge, die insbesondere die (rechnerischen) Beiträge für die Altersversorgung der Beamten umfassen, um 1,8% zulegten, sind die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 3,5% gestiegen. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer waren um 3,6% höher als im Jahr 2014. Das höhere Beitragsaufkommen ist vor allem Folge der positiven Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung, resultiert zum Teil aber auch aus einer gewissen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in den verschiedenen Bereichen der gesetzlichen Sozialversicherung.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer der Arbeitnehmer ab – das Lohnsteueraufkommen war 2015 um 6,2% höher als im Jahr zuvor –, ergeben sich die Nettolöhne und -gehälter. Sie waren 2015 mit 836,8 Milliarden Euro um 3,6% höher als im Jahr 2014. Je Arbeitnehmer gerechnet, sind die Nettolöhne und -gehälter um 2,4% gestiegen.

6

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) hat sich im abgelaufenen Jahr 2015 um 2,8% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Preisindex der privaten Konsumausgaben für das Jahr 2015 eine Preiserhöhung von lediglich 0,6% anzeigt, sind auch die realen Einkommen vergleichsweise deutlich um 2,2% gestiegen.

▸ Tabelle 15

Wie im Kapitel zuvor erläutert, nahm die Summe der Nettolöhne und -gehälter um 3,6% im Vorjahresvergleich zu. Mit einem Anteil von fast 48% waren die Nettolöhne und -gehälter auch im Jahr 2015 die größte Komponente des verfügbaren Einkommens. Seit dem

Tabelle 15

Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹

Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Spalte 6 + 7 – 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Spalte 9 in % von Spalte 6 + 7)	
			Abgaben auf Sozialleistungen ²	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ³						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Mrd. EUR									%	
2013	779,7	570,7	492,1	86,3	84,5	1 671,8	48,1	1 562,7	157,1	9,1
2014	808,1	569,7	505,6	88,4	84,8	1 710,1	49,6	1 592,2	167,6	9,5
2015	836,8	572,4	528,0	91,5	87,7	1 757,9	50,5	1 632,7	175,8	9,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
	in %					in Mrd. EUR		in %		
2014	+ 3,6	- 0,2	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,9	+ 6,7	X
2015	+ 3,6	+ 0,5	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 4,9	X

1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen.

3 Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich empfangene Schadenversicherungsleistungen, Transfers an die übrige Welt.

Jahr 2006, in dem die Nettolöhne und -gehälter weniger als 43 % zum verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte beitrugen, hat sich deren Bedeutung vor allem aufgrund der zurzeit guten Beschäftigungslage wieder deutlich erhöht. Sie nähert sich dem Niveau Anfang der 1990er-Jahre an, als die Nettolöhne und -gehälter noch fast 49 % des verfügbaren Einkommens ausmachten.

Im vergangenen Jahr sind die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen, das heißt der Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen, vor Abzug der direkten Steuern um 0,5 % gestiegen, nachdem sie im Jahr 2014 noch leicht um 0,2 % gefallen waren. Bei den Vermögenseinkommen handelt es sich um die empfangenen abzüglich der geleisteten Zinsen, um Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen sowie um den privaten Haushalten fortlaufend zugerechnete Vermögenserträge aus kapitalbildenden Alterssicherungssystemen und Versicherungen. Auch Entnahmen der Eigentümer von Personengesellschaften aus ihren Unternehmen werden den Vermögenseinkommen zugerechnet. Da für Entnahmen und für die Gewinneinkommen von Selbstständigen und Einzelunternehmern keine originären Ausgangsstatistiken vorliegen, können diese nur mittels Restrechnungen ermittelt werden. Dies hat zur Folge, dass es in den folgenden Überarbeitungen gerade bei Einkommen aus

unternehmerischer Tätigkeit zu deutlichen Revisionen kommen kann. Zum Selbstständigeneinkommen zählen auch Einkommen aus der Vermietung von Wohnungen. Unterstellte Mieten für eigengenutztes Wohneigentum sind Teil des Betriebsüberschusses privater Haushalte. Bei den Einkommen für unternehmerische Tätigkeiten gilt, dass Abschreibungen auf Betriebs- und Immobilienvermögen einkommensmindernd abgezogen sind.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen erhöhten sich im Jahr 2015 im Vorjahresvergleich deutlich um 4,4 % auf 528,0 Milliarden Euro. Mit einem Anteil von 60 % sind die Geldleistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen der größte Posten der monetären Sozialleistungen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich diese Geldleistungen um 4,3 %. Gut 85 % der gesamten Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen entfallen auf die Auszahlungen der Rentenversicherung. Die Rentenzahlungen stiegen im Jahr 2015 um 4,8 %. Mit einem Anteil von weniger als 7 % stehen die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, zu denen sowohl Zahlungen an Arbeitslose (ALG I) als auch Kurzarbeiter- und Konkursausfallgeld gehören, an zweiter Stelle. Diese Zahlungen sind aufgrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt im Vorjahresvergleich um 2,8 % zurückgegangen. Die Geldleistungen der Kranken- und Pflegeversicherung sind dagegen

deutlich um 6,3% gestiegen, w ahrend die Auszahlung der quantitativ weniger gewichtigen gesetzlichen Unfallversicherung sich im Vorjahresvergleich kaum ver andert hat (– 0,5%).

Die anderen monet aren Sozialleistungen (zusammen rund 40%) erh oheten sich im Jahr 2015 gegen uber dem Vorjahr um 4,7%. Zu den anderen Sozialleistungen geh oren Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, zu denen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung, Leistungen der Versorgungswerke f ur ehemals selbstst andig T atige und seit 2009 auch die Geldleistungen privater Krankenkassen z ahlen, sowie  offentliche Pensionen und Beihilfen. Hinzu kommen staatliche Sozialleistungen, wie monet are Zahlungen der Sozialhilfe, das Kindergeld, das Wohngeld sowie die Grundsicherung f ur Arbeitsuchende (ALG II).

Da die Abgaben auf Sozialleistungen (+3,5%) weniger zulegten als die Leistungen, fiel die Erh ohung der monet aren Sozialleistungen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit +4,6% etwas h oher aus als vor Abzug der Abgaben. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen z ahlen die Sozialbeitr age der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung, die Sozialbeitr age des Staates f ur Empf anger sozialer Leistungen, zu denen die Beitr age der Arbeitslosenversicherung f ur Arbeitslose und die Beitr age der Rentenversicherung f ur Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung geh oren, sowie die Lohnsteuer auf Pensionen.

Um zum verf ugbaren Einkommen zu gelangen, sind zudem die per saldo geleisteten sonstigen laufenden Transfers der privaten Haushalte einkommensmindernd abzuziehen. Im Jahr 2015 lagen diese per saldo geleisteten Transfers mit 87,7 Milliarden Euro um 2,9 Milliarden Euro  uber dem Wert des Vorjahres. Darin enthalten sind die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer – die Lohnsteuer der Arbeitnehmer wird bereits bei der Berechnung der Nettol ohne und -geh alter abgesetzt beziehungsweise die Lohnsteuer auf Pensionen den Abgaben auf Sozialleistungen zugeordnet – sowie die Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer. In den Saldo fließen auch die  Ubertragungen privater Haushalte an und aus der  ubrigen Welt sowie die geleisteten Nettopr amien f ur Schadensversicherungen abz uglich der empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 15 zeigt ferner die Aufteilung des verf ugbaren Einkommens auf Konsum und Sparen. Mit +2,5% sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Berichtsjahr etwas weniger stark gestiegen als das verf ugbare Einkommen (+2,8%). Die betrieblichen Versorgungsanspr uche legten um 1,8% zu. In der Folge liegt die Sparquote mit 9,7% etwas  uber dem Vorjahresniveau (9,5%). Die Sparquote ist der Quotient aus Sparen und verf ugbarem Einkommen, wobei zu beachten ist, dass gem a dem ESVG 2010 die betrieblichen Versorgungsanspr uche Bestandteil des Sparens privater Haushalte sind, jedoch nicht zum verf ugbaren Einkommen privater Haushalte z ahlen. Lediglich bei der Ermittlung der Sparquote werden die betrieblichen Versorgungsanspr uche auch zu dem im Nenner stehenden verf ugbaren Einkommen hinzugez ahlt. Wie andere Einkommensgr oen auch wird die Sparquote nach Abzug von Abschreibungen, die im Sektor privater Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck insbesondere f ur Wohnimmobilien anfallen, ausgewiesen. Bezieht man die Abschreibungen in das Einkommen und Sparen mit ein, erh ohen sich beide Gr oen um die Abschreibungen. Die Sparquote vor Abschreibungen – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Bruttosparquote bezeichnet – lag im Jahr 2015 bei 17,0% (2014: 16,8%).

7

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorl aufigen Berechnungen wies der Staatssektor im Berichtsjahr 2015 einen Finanzierungssaldo von +16,4 Milliarden Euro auf. Das ist der zweith ochste  Uberschuss seit der deutschen Vereinigung (nach den Konzepten des ESVG 2010). Nur im Jahr 2000 war der Finanzierungssaldo des Staates mit +18,2 Milliarden Euro noch h oher ausgefallen. Der damalige Saldo war allerdings durch einmalige Erl ose aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen in H ohe von 50 Milliarden Euro beeinflusst. Im Berichtsjahr 2015 stiegen die Einnahmen mit +3,6% etwas kr aftiger als die Ausgaben (+3,0%). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich im Jahr 2015 f ur den Staat insgesamt eine  Uberschussquote von 0,5%, nach einer  Uberschussquote von 0,3% im Jahr 2014. [↘](#) **Tabelle 16**

Tabelle 16

Einnahmen und Ausgaben des Staates

	2013	2014	2015	Veränderung 2015 gegenüber 2014
	Mrd. EUR			%
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschließlich Produktion für die Eigenverwendung)	99,6	101,5	102,5	+ 1,0
+ sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,2	- 18,1
+ Vermögenseinkommen	21,4	25,0	21,8	- 13,0
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	637,4	659,6	690,0	+ 4,6
+ Sozialbeiträge	464,9	481,9	501,2	+ 4,0
+ sonstige laufende Transfers	18,5	19,1	18,8	- 1,7
+ Vermögenstransfers	10,4	12,2	11,5	- 5,1
= Einnahmen	1 252,5	1 299,6	1 346,0	+ 3,6
Vorleistungen	135,0	138,6	144,6	+ 4,3
+ Arbeitnehmerentgelt	218,6	224,6	230,8	+ 2,8
+ sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	+ 4,4
+ Vermögenseinkommen	56,0	51,5	48,0	- 6,8
+ Subventionen	24,4	25,5	27,0	+ 6,1
+ soziale Sachleistungen	227,1	240,1	253,0	+ 5,4
+ monetäre Sozialleistungen	438,6	451,0	473,3	+ 5,0
+ sonstige laufende Transfers	63,0	61,6	62,9	+ 2,1
+ Vermögenstransfers	30,6	35,9	28,8	- 19,7
+ Bruttoinvestitionen	63,5	63,2	63,1	- 0,3
+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 2,0	X
= Ausgaben	1 255,6	1 290,7	1 329,5	+ 3,0
	Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	- 3,1	+ 8,9	+ 16,4	+ 7,5

Der Bund erwirtschaftete im Jahr 2015 ein Plus von 12,2 Milliarden Euro und steigerte damit den Überschuss aus dem Vorjahr (+ 8,6 Milliarden Euro). Die Länder hatten im Berichtsjahr mit einem Defizit von 58 Millionen Euro einen fast ausgeglichenen Etat, 2014 hatten sie noch ein Minus in Höhe von 628 Millionen Euro ausgewiesen. Die Gemeinden konnten das Jahr 2015 mit einem Überschuss von 2,1 Milliarden Euro abschließen, nach einem Defizit im Jahr zuvor (2014: - 2,4 Milliarden Euro). Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherungen war mit 2,1 Milliarden Euro im Jahr 2015 etwas geringer als im Vorjahr (2014: + 3,4 Milliarden Euro).

Im Jahr 2015 hatte der Staat insgesamt Einnahmen in Höhe von 1 346 Milliarden Euro, das heißt 3,6 % mehr als 2014. Die Steuern, die etwa die Hälfte der Einnahmen ausmachen, nahmen um 4,6 % zu. Grundlage hierfür waren eine günstige Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung. Das Aufkommen an Einkommensteuern erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 5,7 %, wo-

bei alle Unternehmenssteuern anstiegen: die Gewerbesteuer um 3,7 %, die Körperschaftsteuer um 6,4 % und die veranlagte Einkommensteuer sogar um 6,9 %. Zudem waren die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 6,2 % höher als ein Jahr zuvor, was vor allem an der robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie an immer noch deutlichen Lohnzuwächsen lag. Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich dem ehemaligen Zinsabschlag) nahm mit + 14,1 % stark zu. Dies ist vermutlich auf die Besteuerung von Veräußerungserlösen zurückzuführen, weil im Vergleich zu 2014 die Kapitalanleger mehr Kursgewinne an den Aktienmärkten realisierten. Die nicht veranlagten Zinsen vom Ertrag

waren hingegen leicht rückläufig (- 0,3 %). Die Einnahmen aus Produktions- und Importabgaben erhöhten sich im Jahr 2015 um 3,4 %. Dabei stiegen die Gütersteuern, vor allem gestützt vom privaten Konsum, um rund 3,0 %. Die Verkäufe des Staates erhöhten sich moderat (+ 1,0 %). Der Anstieg der Sozialbeiträge (+ 4,0 %) ergab sich, wie schon in den Vorjahren, durch die weiterhin positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und höhere Tarifabschlüsse. Dagegen waren die Einnahmen aus sonstigen laufenden Transfers (- 1,7 %) und die aus Vermögenstransfers (- 5,1 %) rückläufig. Die empfangenen Vermögenseinkommen sanken sogar kräftig (- 13,0 %). Ursache hierfür waren die empfangenen Ausschüttungen (- 21,3 %), die stark rückläufig waren, weil sich der im Jahr 2015 ausgeschüttete Gewinn der Deutschen Bundesbank im Vergleich zum Vorjahr nahezu halbierte.

Die Ausgaben des Staates erh ohten sich um 3,0% gegen uber dem Vorjahr und beliefen sich im Jahr 2015 auf 1 330 Milliarden Euro. Die monet aren Sozialleistungen, die gut ein Drittel der Ausgaben ausmachen, nahmen kr aftig um 5,0% zu, dabei stiegen die Pensionen um 4,8% und die Geldleistungen der Rentenversicherung um 4,9%. Hier wirkten sich vor allem das im Juni 2014 verabschiedete Rentenpaket und die Rentenerh ohtung zum 1. Juli 2015 aus. Die sonstigen sozialen Geldleistungen erh ohten sich sogar um 7,8%, unter anderem infolge des starken Zustroms von Schutzsuchenden im zweiten Halbjahr 2015. Die sozialen Sachleistungen stiegen ebenfalls deutlich (+5,4%), vor allem wegen der gestiegenen Ausgaben f ur medizinische Leistungen sowie der Leistungsausweitung der gesetzlichen Pflegeversicherung f ur Pflegebed urftige und ihre Angeh origen nach dem Ersten Pflegest arkungsgesetz¹, das am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist. Die Vorleistungen des Staates nahmen um 4,3% zu; hierunter fallen auch Unterbringungskosten f ur Schutzsuchende. Das Arbeitnehmerentgelt der beim Staat Besch aftigten stieg um 2,8%, was insbesondere auf Tarifierh ohtungen f ur Besch aftigte des  offentlichen Dienstes zur uckzuf uhren war. Die Subventionen (+6,1%) und die sonstigen laufenden Transfers (+2,1%) wuchsen sp urbar. Dagegen gingen die Bruttoinvestitionen (−0,3%) leicht zur uck. Die Ausgaben des Staates f ur zu zahlende Zinsen sanken stark (−6,8%). Deutlich r uckl aufig waren außerdem die geleisteten Verm ogenstransfers (−19,7%) aufgrund von Steuerr uckerstattungen im Zusammenhang mit rechtskr aftigen Gerichtsurteilen im Jahr 2014 (Basiseffekt).

8

Nationales Ver offentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelm a igen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abh angig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an das Statistische Amt der Europ aischen Union (Eurostat) – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und ver offentlicht: beispielsweise in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Datenbank GENESIS-Online (www-genesis.destatis.de).

¹ Erstes Gesetz zur St arkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegest arkungsgesetz – PSG I) vom 17. Dezember 2014 (BGBl. I Seite 2222).

[destatis.de](http://www.destatis.de)) sowie in ausgew ahlten Tabellen auf der Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Ver offentlichungsterminen in Pressemitteilungen bekannt gegeben und kommentiert und das Jahresergebnis zus atzlich in einer Pressekonferenz vorgestellt.

So wurde auch in diesem Jahr das erste, vorläufige Jahresergebnis f ur das Jahr 2015 bereits am 14. Januar 2016 im Rahmen einer Pressekonferenz ver offentlicht. Die Vierteljahresergebnisse f ur das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europ aischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausf uhrlichen Ergebnisse etwa 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals publiziert, also jeweils Mitte Mai (1. Quartal), Mitte August (2. Quartal), Mitte November (3. Quartal) und Mitte Februar (4. Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei Bedarf auch eine Überarbeitung vorangegangener Quartale. Dar uber hinaus werden im August üblicherweise die vier zur uckliegenden Jahre einschließlich der dazugeh orenden Quartale revidiert (sogenannte laufende Revisionen).

9

Fazit

Wie in jedem Jahr hat das Statistische Bundesamt zu diesem fr uhen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres gegeben. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7% h oher als im Vorjahr. Im vorangegangenen Jahr war das BIP in ähnlicher Gr o enordnung gewachsen (+1,6%), 2013 lediglich um 0,3%. Eine l angerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 wieder über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3% lag. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2015 erstmals von mehr als 43 Millionen Erwerbst atigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten vorläufigen Berechnungen waren im Jahr 2015 rund 329 000 Personen oder

0,8% mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, war 2015 um 0,5% höher als im Vorjahr. Je Erwerbstätigen ist die Arbeitsproduktivität etwas stärker gestiegen (+0,9%). Die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) ging 2015 nach Schätzungen auf Basis der Arbeitskräfteerhebung um 140 000 Personen oder 6,7% auf erstmals unter 2 Millionen Personen zurück.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen sowohl das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2015 bei. Das Produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, konnte spürbar um 2,2% zulegen. Daneben entwickelten sich auch die Dienstleistungsbereiche überwiegend positiv. Lediglich die Finanz- und Versicherungsdienstleister lagen 2015 preisbereinigt mit 1,0% im Minus. Daneben kam es im Baugewerbe im Jahr 2015 – trotz überwiegend milder Witterung in den Wintermonaten – zu einem leichten Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um 0,2%, nachdem es im Vorjahr einen kräftigen Anstieg gegeben hatte. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,6%.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum im Jahr 2015 wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,9%, die Konsumausgaben des Staates sogar um 2,8% höher als im Jahr zuvor. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,6% mehr in Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein leichtes Plus von 0,2%. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahr 2015 weiter an Dynamik: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 5,4% höher als im Vorjahr. Die Importe legten in ähnlicher Größenordnung zu (+5,7%), sodass der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, einen vergleichsweise geringen Beitrag zum BIP-Wachstum leistete (+0,2 Prozentpunkte).

In jeweiligen Preisen gerechnet betrug das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 erstmals mehr als 3 Billionen Euro: Mit 3 027 Milliarden Euro war es um 3,8% höher als im Vorjahr. Das Bruttonationaleinkommen erhöhte sich mit +3,7% in ähnlicher Größenordnung auf 3 094 Milliarden Euro. Das Volkseinkommen ist im Jahr 2015 um 4,1% auf 2 265 Milliarden Euro gestiegen. Das Arbeitnehmerentgelt der Inländer erhöhte sich gegenüber 2014 um 3,9%. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen im selben Zeitraum nach vorläufigen Berechnungen um 4,6%. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, lag bei 68,1% und somit geringfügig unter der des Vorjahres (68,3%). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2015 um 2,8% zu und belief sich auf 1 758 Milliarden Euro. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen mit +2,5% fast genauso stark wie das verfügbare Einkommen. Entsprechend lag die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2015 nach ersten Berechnungen bei 9,7% und damit etwas über dem Wert von 2014 (9,5%). Die Staatshaushalte waren im Jahr 2014 weiter auf Konsolidierungskurs. Der Staatssektor beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 16,4 Milliarden Euro, was einer Überschussquote von 0,5% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht. 

LITERATURVERZEICHNIS

R th, Norbert/Braakmann, Albert. *Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014*. In: *Wirtschaft und Statistik*. Ausgabe 9/2014, Seite 502 ff.

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktionsleitung: Kerstin Hänsel

Redaktion: Ellen Römer

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge

zweimonatlich, erschienen im Februar 2016

Das Archiv aller Ausgaben ab Januar 2001 finden Sie unter www.destatis.de/publikationen

Print

Einzelpreis: EUR 18,- (zzgl. Versand)

Jahresbezugspreis: EUR 108,- (zzgl. Versand)

Bestellnummer: 1010200-16001-1

ISSN 0043-6143

ISBN 978-3-8246-1043-3

Download (PDF)

Artikelnummer: 1010200-16001-4, ISSN 1619-2907

Vertriebspartner

IBRo Versandservice GmbH

Bereich Statistisches Bundesamt

Kastanienweg 1

D-18184 Roggentin

Telefon: +49 (0) 382 04 / 6 65 43

Telefax: +49 (0) 382 04 / 6 69 19

destatis@ibro.de

Papier: Metapaper Smooth, FSC-zertifiziert, klimaneutral, zu 61% aus regenerativen Energien

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.